

**Mündlicher Antragsentwurf**

Der Ausschuss für Bildung, Kita und Schule möge beschließen, dass der Schulbetrieb „gebundener Ganzttag“ in der Grundschule an der Admiralstraße dann aufgenommen wird, wenn die baulichen Voraussetzungen vorliegen.

**Mündlicher Antragsentwurf**

Als Konsequenz aus dem vorgenannten Antrag bekräftigt der Beirat den Antrag vom 21.03.2017 auf Aufrechterhaltung des Hortbetriebes der fif bis zur Einführung des gebundenen Ganztags in der Grundschule Admiralstraße.

Der Beirat fordert erneut die Deckelung der Schülerzahl im offenen Ganztags auf 160 Kinder.

**Antrag der Grünen**

Der Ausschuss für Bildung, Kita und Schule des Beirates Findorff möge beschließen:

Der Ausschuss für Bildung, Kita und Schule wendet sich gegen die Erhöhung der Gruppengrößen von 20 auf 21 Kinder im Ü-3-Bereich.

Die Senatorin für Bildung und Kinder wird aufgefordert, alternative Möglichkeiten für die Einrichtungen neuer Gruppen zu prüfen.

Bildung beginnt bekanntlich in der Kita. Hier werden die Grundlagen gelegt. Eine Verschlechterung der Bedingungen wird gerade hier unabsehbare Folgen haben.

**Forderungskatalog  
der Fachausschüsse für Bildung der Stadtteilbeiräte Findorff, Walle und Gröpelingen  
an die Senatorin für Kinder und Bildung**

Gemeinsames inklusives Lernen und das Recht auf Bildung und Teilhabe müssen gelingend umgesetzt werden. Für eine gelingende Umsetzung sind folgende Punkte unerlässlich:

- Die Personalversorgung ist an jeder Schule in der Art sicherzustellen, dass sie weder zu Unterrichtsausfall, noch zu Mehrbelastungen der Lehr- und Fachkräfte führt. Dies gilt für Regel- wie für Förderstunden.
- Anpassung der Besoldung des Lehrpersonals an die Standards aus Niedersachsen um auch Lehrerinnen und Lehrer anderer Bundesländer gewinnen zu können.
- Alle ZUP-Leitungsstellen sind unverzüglich zu besetzen.
- Eine zusätzliche Unterstützung für SprachanfängerInnen ist für all jene vorzuhalten, die nach Durchlaufen des Vorkurses dem Regelunterricht noch nicht ausreichend folgen können.
- Der beschlossene Stellenaufbau für die ReBUZentren ist unverzüglich umzusetzen. Zusätzlich ist eine bedarfsgerechte Vertretungsreserve auch für ReBUZ einzurichten.
- Da er Anteil der SuS über dem Regelstandard an den Oberschulen durchschnittlich im niedrigen einstelligen Bereich, im Vergleich dazu, der der SuS mit Förderbedarf bei über 25% liegt (diagnostizierter sonderpäd. Förderbedarf je nach Schule zw. 15 + 20%), ist eine durchgängige Doppelbesetzung in allen Klassen und Jahrgängen sicherzustellen.
- Ausschreibung für Doppelbesetzungen sind flexibel zu halten, damit es möglich ist, auch qualifiziertes Personal ohne 2. Staatsexamen oder auch aus anderen pädagogischen Berufsgruppen als Doppelbesetzung einzustellen.
- Keine Doppelbesetzungen über Behördenvereine (wie Stadtteilschule) um Zeitarbeitsverträge zu verhindern und das pädagogische Personal sozial abgesichert zu beschäftigen
- Eine bedarfsgerechte Erhöhung der Sonderpädagogikstunden in Grund- und Oberschulen ist unerlässlich und wird sofort gebraucht, um sowohl SuS mit als auch ohne Förderbedarf im Unterricht gerecht werden zu können.
- Um bestehende Schulen nicht weiter zu überfordern, sind umgehend ausreichend neue Schulplätze zu schaffen.
- Beschleunigung der Planungsschritte zum Bau neuer Schulen.
- Gemeinsame Planungsschritte der an den Schulimmobilien beteiligten Behörden und unterschiedlichen Senatsabteilungen sind regelmäßig vorzunehmen um sich nicht ständig gegenseitig zu blockieren.
- Die räumliche Ausstattung der Schulen ist den steigenden Anforderungen anzupassen. (Klassenräume, Differenzierungsräume, Fachräume, Sporthallen)

All dies sollte EIGENTLICH selbstverständlich sein. Um so bedauerlicher ist es, dass auf diese Missstände immer noch und immer wieder hingewiesen werden muss. Senat und Bürgerschaft müssen umgehend und umfassend reagieren!

5

**DIE LINKE.**

Beiratsfraktionen HB West

DIE LINKE. Beiratsfraktionen HB West

Verteiler  
per Mail

[www.dielinke-bremen-nordwest.de/](http://www.dielinke-bremen-nordwest.de/)

Bremen, den 17.03.17

Antrag der Fraktionen DIE LINKE. der Beiräte Gröpelingen, Walle und Findorff an die Bildungsausschüsse des Bremer Westens zur Sitzung am 21.3.2017

### **Initiative für ein Start-Konzept zur Lehrkräftegewinnung**

Die Bildungsausschüsse der Stadtteile Gröpelingen, Walle und Findorff mögen beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. mit der Universität Bremen Gespräche mit dem Ziel zu führen, spätestens zum Wintersemester 2018/2019 weitere Lehramtsstudienplätze einzurichten und entsprechende Haushaltsmittel in den zu beschließenden Doppelhaushalt 2018/2019 einzustellen.
2. Lehrkräfte, insbesondere Klassenleitungen an Schulen in prekärer Lage durch eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung zu entlasten. Hierzu wird der Senat aufgefordert, entsprechende Haushaltsmittel in den zu beschließenden Doppelhaushalt 2018/2019 einzustellen.
3. ein Personalentwicklungskonzept zu entwickeln, das gezielt erfahrene Lehrkräfte in Teilzeit anspricht. Ziel ist, sie durch Entlastungsangebote zu motivieren, auf eine volle Stelle zurückzukehren.
4. Es ist sicherzustellen, dass alle inklusiv arbeitenden Klassen mindestens zur Hälfte der Unterrichtszeit in Doppelbesetzung (durch Lehrkräfte) geführt werden. Gerade in Schulen in prekärer Lage ist zudem sicherzustellen, dass Fachkräfte der Schulsozialarbeit im Umfang von mindestens einer Vollzeitstelle/Jahrgang eingesetzt werden. Die entsprechenden Mittel sind im Doppelhaushalt 2018/19 einzustellen.

**Begründung:**

Im Bremer Westen, insbesondere in Orts- und Stadtteilen in prekärer Lage, erleben wir seit langem, dass Lehrkräfte unter besonders schwierigen Bedingungen unterrichten müssen. Insbesondere in Gröpelingen und Oslebshausen ist die Schüler\*innenschaft geprägt von Armut, einer hohen Migrationsquote sowie einem überdurchschnittlichen Förderbedarf.

Im Bremer Westen schlägt sich der bundesweit spürbare Fachkräftemangel insbesondere darin nieder, dass v. a. diese Schulstandorte mit Lehrkräften unterversorgt sind. Dies gilt bis hin zu Schulleitungen. Bis zu 20 Prozent der Unterrichtsversorgung wird z.T. durch nicht voll ausgebildete Lehrkräfte und Studierende

„sichergestellt“. An einer Oberschule waren zum 01.02.2017 sieben Lehrerstellen nicht besetzt, fast überall fehlen Sonderpädagog\*innen und ZUP-Leitungen. Dadurch ist der Aufbau inklusiver Strukturen an den Schulen massiv gefährdet bis unmöglich! Klassenleitungen übernehmen zudem überdurchschnittlich häufig Aufgaben außerhalb ihrer Kernaufgaben, z.B. im Rahmen gesetzlich vorgeschriebener Fallkonferenzen und sie übernehmen oft Mittlerfunktion zwischen Elternhaus und staatlichen Institutionen.

Allein die Ausbildung von mehr Lehrkräften würde einige Jahre in Anspruch nehmen, bis ein erster stärkerer Ausbildungsjahrgang an die Schulen käme. Zugleich ist mit einem starken Familiennachzug anerkannter Flüchtlinge in den Jahren 2017 und 2018 zu rechnen. Die Situation gerade an den Schulen in prekärer Lage wird damit eher angespannter werden. Hierdurch entsteht ein unverzüglicher Handlungsbedarf.

Bremen, den 17.3.2017

Bernd Brejla, Gröpelingen

Ingo Lenz, Walle

Christian Gloede, Findorff

6

**DIE LINKE.**

Fraktionen im Beirat Findorff, Walle, Gröpelingen

DIE LINKE. Im Beirat Findorff, Walle, Gröpelingen  
c/o Jorg Tapking, Geestemünder Str. 19, 28219 Bremen

Verteiler per Mail

Gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse Bildung der Beiräte Findorff, Walle, Gröpelingen am 21.03.2017

**Beschlussantrag: Transparenz in der Bildungsplanung herstellen. Öffentliche Planungskonferenz zur Schulentwicklung für den Bremer Westen durchführen!**

Die Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen fordern die Senatorin für Kinder und Bildung auf, noch vor den Sommerferien eine erste öffentliche Planungskonferenz zur Schulentwicklung im Bremer Westen durchzuführen.

Mit dieser Konferenz sollen die behördlichen Planungen im Hinblick auf die zahlenmäßige Entwicklung des Schulplatzangebotes und dem Fachkräftebedarf unter Berücksichtigung der pädagogischen Herausforderungen inklusiver Schulen detailliert dargestellt und erörtert werden.

An dieser Konferenz sollen Vertreter/innen der Schulen, die Bildungsausschüsse, Elternverteter und Schülervertretungen teilnehmen können.

Die Bildungsausschüsse plädieren dafür, diese Planungskonferenzen jährlich durchzuführen um somit Transparenz und demokratische Teilhabe zu stärken.

**Begründung:**

Die Schulbildung ist eine öffentliche Angelegenheit.

Die bisher angewandte behördlichen Herangehensweise des Reagierens auf vermeintlich unvorhersehbare Entwicklungen führte in der Vergangenheit immer wieder zu negativen Auswirkungen auf die jeweils betroffenen Schulen.

Die Schulstandortplanung bis zum Jahre 2025 war ebenfalls ein nachdrückliches Beispiel dafür, wie die Realitäten der Schulen vor Ort im Hinblick auf die aktuelleren Entwicklungen und vorhandenen Defiziten unberücksichtigt blieben.

Vielmehr ist es notwendig eine Planung zu gewährleisten, die den Herausforderungen der Zukunft angesichts der steigenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern und den zunehmenden Herausforderungen für das pädagogische Handeln entspricht.

Inklusion bedeutet die beste Förderung aller Schülerinnen und Schülern in einer Schule für alle. Notwendig dafür sind u.a. genügend Lehrerinnen und Lehrer sowie nicht unterrichtendes Personal wie auch lernförderliche Räume die Vielfalt und Individualität ermöglichen.

Diesen Anforderungen kommen die behördlichen Planungen nicht nach. Eine Einbeziehung schulischer und schulpolitischer Akteure vor Ort ist dringend geboten um eine Schulentwicklung anzustoßen, die den Herausforderungen entspricht.

Gez. Christian Gloede, Ingo Lenz, Bernd Brejla

7

# Die Senatorin für Kinder und Bildung



**Freie  
Hansestadt  
Bremen**

Die Senatorin für Kinder und Bildung · Rembertiring 8-12 · 28195 Bremen

**Ortsamt West**  
– Stadtteilmanagement Findorff  
Frau Pala  
Waller Heerstraße 99  
28219 Bremen

Auskunft erteilt  
Julius Wienholt

Zimmer 709

Tel. 0421 361-4219  
Fax 0421 496-99745

E-Mail: [julius.wienholt@bildung.bremen.de](mailto:julius.wienholt@bildung.bremen.de)

Datum und Zeichen  
Ihres Schreibens

Mein Zeichen  
(bitte bei Antwort angeben)  
14-21

Bremen, 16.05.2017

## Oberschule Findorff

Sehr geehrte Frau Pala,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16.3.2017 zum Beschluss des Fachausschusses Bildung zur Planung der künftigen Zügigkeit der Oberschule Findorff.

Der Fachausschuss hatte sich in seiner Sitzung am 14.3.2017 für eine Sechszügigkeit ausgesprochen und die Senatorin für Kinder und Bildung zu einer Entscheidung bis Ende April 2017 aufgefordert.

Behördenintern werden die Entscheidungsoptionen für die perspektivische Entwicklung der Oberschule Findorff bereits seit Januar dieses Jahres in Abstimmung mit der Schule beraten und abgestimmt. Wesentliche Grundlage für eine Entscheidung ist dabei eine aussagekräftige Bewertung baulicher Erfordernisse, die im Rahmen einer Machbarkeitsstudie von Immobilien Bremen ermittelt werden sollen. Eine Entscheidung, ob die Schule perspektivisch sechszügig geplant werden kann, kann erst nach Vorlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie durch Immobilien Bremen erfolgen. Mit den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie wird nicht vor Herbst 2017 gerechnet.

Dies wurde der Oberschule Findorff am 24.04.2017 im Rahmen einer Gesamtkonferenz mitgeteilt.

Wir bitten um entsprechenden Bericht an den Fachausschuss Bildung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag  
gez.

Julius Wienholt

 Eingang:  
Rembertiring 8-12

Dienstgebäude:  
Rembertiring 8-12  
28195 Bremen

Bus / Straßenbahn:  
Haltestelle  
Hauptbahnhof

Sprechzeiten:  
montags bis freitags  
von 9:00 - 14:00 Uhr

Bankverbindungen:  
Bremer Landesbank  
IBAN: DE 27 2905 0000 1070 1150 00  
Sparkasse Bremen  
IBAN: DE 73 2905 0101 0001 0906 53